Von Litauen nach Sibirien und zurück

Die Sowjets deportierten Irena Saulutė ans Nordpolarmeer. Und doch konnte sie dabei sein, als sich die Balten vor 35 Jahren die Unabhängigkeit zurückholten – mit einer Menschenkette.

Von Stefan Locke, Kaunas/Vilnius

Jievaras Jasinskis war vier Monate alt, als er gemeinsam mit vielen anderen Geschichte schrieb. „Für mich ist das bis heute ziemlich mysteriös“, sagt der 35 Jahre alte Musiker bei einem Treffen in Vilnius. „Ich war körperlich dort, aber erinnere mich natürlich nicht daran.“ Er zeigt eine Schwarz-Weiß-Fotografie auf dem Handy, auf dem seine Eltern, Großeltern und zwei Schwestern außerhalb von Vilnius an einer Autobahn stehen. Die Großmutter hält ihn auf dem Arm, während ringsherum Gedränge herrscht. Es ist der 23. August 1989. Fast zwei Millionen Balten bildeten an jenem Tag eine 650 Kilometer lange Menschenkette von Tallinn im Norden über Riga bis nach Vilnius, um für die Unabhängigkeit ihrer Länder von der Sowjetunion zu demonstrieren.

Es sei heute kaum zu glauben, wie sich so viele Menschen damals ohne Handy und Internet organisiert haben, sagt Jasinskis. Er ist freischaffender Musiker und eine Woche vor dem Jahrestag vollauf damit beschäftigt, letzte Absprachen für das große Jubiläumskonzert zu treffen, das an diesem Freitag anlässlich des 35. Jahrestags des „Baltischen Weges“ in Vilnius stattfindet. Jasinskis hat dafür die Musik geschrieben, und weil er genauso alt wie das Ereignis ist, wurde er zugleich zu einer Art Symbol für das Jubiläum. Sein Baby-Bild vom „Baltic Way“ ist auf Plakaten und Broschüren zu sehen. „Mein ganzes Leben lang habe ich die Geschichte gehört, wie ich damals mit dort war“, sagt er. Und obwohl er nichts dafür kann, ist er doch auch ein bisschen stolz. Denn jener Tag war der Anfang vom Ende der Besatzung, unter der die Balten 50 lange Jahre leben mussten.

An den Beginn dieser Besatzung kann sich Irena Saulutė noch sehr gut, oder vielmehr: schmerzlich, erinnern. Die 96 Jahre alte Frau steht im Freilichtmuseum bei Kaunas vor einer aus Torfziegeln errichteten Jurte. Fast jeden Tag kommt sie mit dem Bus hierher, um Besucher zu führen. „So eine mussten wir uns damals selbst bauen“, erzählt sie mit Blick auf die Jurte. Damals, das heißt in Jakutien, im Osten Sibiriens, wohin die Sowjets sie 1941 als zwölf Jahre altes Mädchen mit ihrer Mutter und dem 16 Jahre alten Bruder deportiert hatten. Es war der 13. Juni 1941, in der Nacht nach ihrem letzten Schultag vor den Sommerferien, als die sowjetische Geheimpolizei NKWD in der Wohnung ihrer Familie in Kaunas auftauchte und alle „aufforderte“, mitzukommen.

„Wir hatten keine Zeit, noch etwas mitzunehmen“, sagt Saulutė. Die Erlebnisse sprudeln nur so aus ihr heraus. Sie führt durch „ihr“ Museum, von der Jurte zu den Gedenkstelen an die Deportierten bis hin zu einem Originalviehwaggon der russischen Eisenbahn. Flink steigt sie die kleine Treppe hinauf, zeigt auf die mit Stacheldraht gesicherten Luken auf jeder Seite sowie zwei Löcher im Boden. Die waren für die Notdurft der 64 Insassen, allesamt Frauen, Jugendliche, Kinder. Die Männer, auch Saulutės Vater, waren zuvor separiert worden; sie sah ihn nie wieder. Vier Wochen lang fuhren sie in Richtung Osten, wohin, wurde nicht mitgeteilt. „Die Unwissenheit war schrecklich“, sagt Saulutė. „Das hat uns zermürbt, und wir waren überzeugt: Wir werden alle erschossen.“

Nahrung bekamen sie nicht, Wasser fingen sie mit Händen durch die schmalen Luken auf, wenn es regnete. Bei Ortsdurchfahrten wurden die Luken geschlossen, damit niemand sah, wer in den Waggons war, auf denen mit weißer Farbe „Kriminelle und Prostituierte“ geschrieben stand. Alle drei bis vier Tage öffneten Uniformierte die schweren Schiebetüren und fragten, ob es Leichen gebe. Alle Babys und die meisten der älteren Frauen seien gestorben, erzählt Saulutė. Bei jedem Halt hätten sie sich gefragt: Werden wir aussortiert? Sind wir jetzt dran? „Es war wie in einem Gehege voller Löwen, die ständig um einen kreisten.“ Die roten Haare ihrer Mutter wurden nach vier Wochen schlohweiß, sie selbst verlor ihre Haarfarbe mit 17 Jahren. „Als ich später geheiratet habe, war ich schon grau“, sagt sie und lacht. Sie sprüht geradezu vor Energie, um ihr Leben zu erzählen.

Ziemlich genau ein Jahr vor ihrer Deportation, am 15. Juni 1940, hatte die Rote Armee die baltischen Staaten besetzt. Grundlage war der „Nichtangriffspakt“, den Deutschland und die Sowjetunion am 23. August 1939 schlossen. Beide Staaten vereinbarten darin, neutral zu bleiben, selbst wenn einer von ihnen einen Krieg beginnt. Das Abkommen ebnete Hitler den Weg für den Überfall auf Polen. Zugleich teilten beide Regime in einem lange geheim gehaltenen Zusatzprotokoll sowie einem weiteren Abkommen Osteuropa unter sich auf: Deutschland sollte Westpolen inklusive Warschau bekommen, die Sowjetunion Ostpolen sowie die baltischen Staaten, Finnland und Rumänien.

Als die Sowjetunion im Sommer 1940 zuerst Litauen und wenige Tage später Lettland und Estland besetzte, ging sie nach ähnlichem Muster vor wie Russland seit 2014 in der Ostukraine, sagt der Historiker Arūnas Bubnys, heute Direktor des Forschungszentrums für Widerstand und Völkermord in Litauen. Die drei Staaten hatten ihre Neutralität proklamiert, doch Moskau forderte Stützpunkte für die Rote Armee, was in der Besatzung mündete. „Unmittelbar danach begannen die Repressionen“, sagt Bubnys. Zuerst seien alle Mitglieder der unabhängigen Regierungen verhaftet und dann „Referenden“ angesetzt worden, in deren Ergebnis die Länder um den Beitritt zur Sowjetunion „baten“. Anfang August 1940 hatte sich Stalin zuerst Litauen und danach auch Lettland und Estland einverleibt.

Für Freiheit und Unabhängigkeit: *Tausende bildeten am 23. August 1989 eine Menschenkette in Tallinn.* Foto Picture Alliance

Wurde als Kind deportiert: *Irena Saulutė* Foto Stefan Locke

Komponist und Musiker: *Jievaras Jasinskis* Foto Stefan Locke

Viele Balten versuchten daraufhin, außer Landes zu kommen. „Mein Vater sagte: Wenn alle fliehen, wer wird dann die Russen aufhalten?“, erzählt Saulutė. Ihr Vater war Reserveoffizier der litauischen Streitkräfte und stand auf einer Liste, mit der die Sowjets die Länder systematisch nach deren „bürgerlichen“ Köpfen durchkämmten. Ein knappes Jahr lang tauchte die Familie auf dem Land unter, doch das half am Ende nichts. Als die Deportationen begannen, saß Saulutės Familie im ersten Zug. Eine Woche später überfiel Deutschland die Sowjetunion. Vom Kriegsbeginn hörte sie in den Waggons aus Lautsprechern, wenn der Zug durch Orte fuhr. „Ich erinnere mich daran sehr genau“, sagt Saulutė. „Ich wünschte mir damals, die Deutschen wären schneller gewesen. Wir hofften auf den Krieg, um die Russen loszuwerden.“

Nicht wenige Balten hätten gedacht, die Deutschen kämen, um sie zu befreien, sagt Bubnys. Das war ein fataler Trugschluss. Allein in Litauen ermordeten die Nazis 240.000 Menschen, davon die meisten Juden, sie steckten 30.000 Einwohner in Konzentrationslager und brachten 60.000 zur Zwangsarbeit nach Deutschland. Davon erfuhr Saulutė viele Jahre lang nichts. Nach einem Monat kam ihr Zug in der Region Altai an der Grenze zur Mongolei an. Zwei Wochen übernachteten sie im Freien, ernährten sich von Gras, das sie am Lagerfeuer kochten. Viele Deportierte starben aufgrund des Regens und der Kälte. Zwei Wochen später brachen sie zu Fuß in eine Bergstadt im Altai-Gebirge auf, wo sie ein Jahr lang bleiben und die Erwachsenen Zwangsarbeit verrichten mussten.

1942 wurden sie abermals in Viehwaggons gesteckt. Das Ziel nach zwei Monaten Fahrt ins Ungewisse war Nordjakutien, am so ziemlich kältesten Punkt Sibiriens, wo die Lena ins Nordpolarmeer mündet. Ein Lager gab es dort nicht. „Wir mussten es selbst bauen“, erzählt Saulutė. Nach zwölf Stunden Baumfällen oder Fischfang kümmerten sie sich um die Unterkünfte. „Zuerst mussten wir die für die Aufseher bauen, danach für uns.“ Sie mussten sich beeilen, die Sommer in Sibirien sind kurz, der Boden nicht lange weich, um aus ihm Torfstücke zum Jurtenbau herauszulösen. „Schon Anfang September hat es geschneit.“ Die gefällten Bäume durften sie nicht für ihre Jurten verwenden, nur das Holz, das der Fluss anschwemmte, war ihres. „Jedes Stück war sehr kostbar.“

Ein Drittel der ans Lena-Delta Deportierten überlebte den ersten Winter nicht, sagt Saulutė. Auch ihre Mutter starb an Unterernährung und Skorbut, sie wurde 44 Jahre alt. In einer Nacht schaffte sie es gemeinsam mit ihrem Bruder, ein Grab ins Eis zu schlagen und die Mutter zu beerdigen. Fast sechs Jahre blieb sie in der Arktis, wechselte jedes Jahr auf eine andere Insel, musste Bäume fällen, Fische fangen und auf Schiffe verladen. Als Lohn erhielten sie drei Rubel im Monat. „Ein Brot kostete 4,50 Rubel“, sagt Saulutė. „Wir haben uns von dem ernährt, was wir in der Natur fanden.“ Ihre Kleidung stammte von Verstorbenen, und wenn sie im Winter ein Feuer in ihrer Jurte machten, gelang es bisweilen, die Raumtemperatur auf zwei Grad minus hochzutreiben. Eine Abwechslung immerhin bot die „Schule“. Ein litauischer Lehrer gab nach der Arbeit ein bisschen Mathe, eine Finnin Musik.

Fast sechs Jahre blieb Saulutė in der Arktis, dann gelang es ihr, in die 1700 Kilometer südlich gelegene Großstadt Jakutsk zu entkommen und von dort „über tausend Zufälle“, wie sie sagt, wieder nach Litauen. Dort blieb sie als Spross einer „nicht erwünschten“ Familie nicht unentdeckt, der NKWD nahm sie abermals fest und brachte sie zurück nach Sibirien, wo auch ihr Bruder noch lebte.

„Der Terror gegen die Balten war in der Nachkriegszeit unbeschreiblich“, sagt Historiker Bubnys. Zwischen dem Sommer 1944, als die Rote Armee das Baltikum zurückerobert hatte, und Stalins Tod 1953 wurden allein in Litauen 150.000 Menschen aus politischen Gründen verhaftet und 130.000 deportiert. Von ihnen starben bis zu 25.000 in Lagern und Gefängnissen, 28.000 kamen in der Verbannung ums Leben. „Es ging gegen Partisanenhelfer, Litauer mit deutschen Wurzeln, evangelisch-lutherische Christen – niemand konnte sich sicher sein“, sagt Bubnys. „Städte wie Klaipėda waren danach wie leer gefegt.“ Nach Stalin endete zwar der große Terror, doch politische Dissidenten wurden weiterhin verhaftet und in Lager gesteckt.

Erst 1958, 17 Jahre nach ihrer Deportation konnte Saulutė endgültig zurückkehren. Offiziell galt sie weiter als „Volksfeind“, Sie legte sich eine erfundene Biographie zu, was gängige Praxis unter Deportierten gewesen sei. „Mich gab es eigentlich nicht.“ Und über ihre Erlebnisse sprechen durfte sie schon gar nicht. Mit gefälschten Dokumenten absolvierte sie eine medizinische Ausbildung, arbeitete in einer Arztpraxis und später als Sanitäterin in einem Betrieb. Das gewünschte Medizinstudium wurde ihr von einem Parteisekretär verwehrt, der schon 20 Jahre zuvor Universitätsdozenten denunziert hatte, die dann auch deportiert worden waren.

Über die Ursache des Ganzen aber, den „Nichtangriffspakt“, der in den baltischen Staaten nach den Unterzeichnern „Molotow-Ribbentrop-Pakt“ genannt wird, durfte nicht gesprochen werden. Am 23. August 1979, dem 40. Jahrestag des Abkommens, gelang es einer Gruppe von 45 Dissidenten, in der westlichen Presse den „Baltischen Appell“ zu veröffentlichen, in dem sie forderten, den Vertrag samt Zusatzprotokoll zu publizieren und zu annullieren, was mit der Verfolgung der Unterzeichner endete. Die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten bestritten vehement die Existenz des Zusatzprotokolls und diffamierten Berichte darüber als Fälschung und westliche Propaganda.

„In Dissidentenkreisen war die Wahrheit bekannt“, sagt Audronius Ažubalis. Der 66 Jahre alte Abgeordnete und frühere Außenminister Litauens hatte als junger Mann in Vilnius Kontakte zur Opposition. „Die meisten Menschen hier wussten nichts, unsere Geschichte war ein versiegeltes Buch.“ Erst als Michail Gorbatschow Mitte der Achtzigerjahre die Archive öffnete, brach sich die Wahrheit Bahn. „Die Leute begannen nun zu verstehen, warum wir in der Sowjetunion gelandet sind, dass es nicht unsere Schuld war, dass wir unsere Unabhängigkeit verloren haben.“ Am 23. August 1987 nahm Ažubalis an der ersten öffentlichen Demonstration „gegen diesen schändlichen Pakt“ teil. 200 Menschen versammelten sich im Zentrum von Vilnius. „Die Atmosphäre war extrem angespannt“, erinnert er sich. Polizei und KGB aber griffen nicht ein.

Am gleichen Tag ein Jahr später kamen mehr als 100.000 Menschen in der litauischen Hauptstadt zusammen. Erstmals wurde der Pakt nun öffentlich als Verbrechen verurteilt, der zur Versklavung der baltischen Länder geführt hatte. Die Politik der Öffnung machte den Balten Mut, nun auch ihre Unabhängigkeit zurückzufordern. Dafür planten sie am 50. Jahrestag der Unterzeichnung, am 23. August 1989, eine Menschenkette durch das gesamte Baltikum. Ausgerechnet das dichte Netz an Massenorganisationen erleichterte die Organisation: Der Aufruf verbreitete sich in Kollektiven, Betriebe stellten Busse, Menschen bildeten Fahrgemeinschaften. Ažubalis etwa fuhr mit Frau und Eltern im Moskwitsch seines Vaters 40 Kilometer weit, ehe sie einen Platz in der Kette fanden. „Die Leute waren zwar vorsichtig, aber die Angst war verschwunden“, erzählt er.

Viele Menschen hatten die Nationalflaggen Litauens, Lettlands und Estlands mitgebracht, die in der Sowjetunion verboten waren. An eine beinahe euphorische Atmosphäre erinnert sich Bubnys, der sich mit Kollegen etwa 20 Kilometer nördlich von Vilnius in die Kette einreihte. „Das war die schönste Zeit meines Lebens“, sagt er heute. „Es gab eine große Einigkeit innerhalb des Landes, das war einmalig.“ Auch Saulutė schaffte es, einen Platz zu finden. Sie erinnert sich an Agrarflugzeuge, die Blumen über den sich versammelnden Menschen abwarfen.

Am Ende hielten sich auf einer Strecke von 650 Kilometern zwischen Tallinn über Riga bis Vilnius zwei Millionen Menschen an den Händen, ein Drittel der Einwohner der baltischen Staaten. Es war die machtvollste Demonstration des „Baltischen Weges“, auch wenn es bis zur tatsächlichen Unabhängigkeit noch fast zwei weitere Jahre dauern sollte. Dass die Sowjetunion Ende 1989 und ein Jahr später auch die Bundesrepublik den Vertrag für nichtig erklärten, war ein wichtiger Schritt dazu. 2009 hatte sogar Wladimir Putin in einem Namensbeitrag für die polnische Zeitung „Gazeta Wyborcza“ den Pakt verurteilt, in der heutigen russischen Geschichtsschreibung und in den Schulen jedoch wird wieder die zu Sowjetzeiten „bewährte“ Erklärung geliefert: Der Pakt sei nötig gewesen, um Zeit zu gewinnen und sich gegen einen deutschen Angriff zu wappnen.

Saulutė winkt ab, wenn sie das hört. Putin, sagt sie, leugne längst auch, dass es Deportationen gegeben hat. Stattdessen seien es Umsiedlungen gewesen, in den Zügen habe es Ärzte und Lebensmittel gegeben, und sollte doch einmal jemand gestorben oder erschossen worden sein, habe es sich um Banditen und Kapitalisten gehandelt. Sie wolle die Wahrheit erzählen, solange sie noch könne. Nie wieder soll ihr Land besetzt werden. Deshalb spendet sie von ihrer kleinen Rente regelmäßig fünf Euro für die Verteidigung der Ukraine. „Mein Leben ging bis zum Sommer 1940“, sagt sie. „Danach bin ich durch Schlimmeres als die Hölle gegangen.“ Die Hoffnung jedoch habe sie nie aufgegeben. „Heute kann ich reden, wie ich will.“

Der Musiker Jievaras Jasinskis sagt, er sei „superstolz“ auf sein Land, das so entschieden die Ukraine unterstützt. „Wirklich, ich könnte nicht stolzer sein.“ Vielen in seiner Generation, die in einem freien Land aufwuchsen, sei heute sehr bewusst, dass diese Freiheit nicht selbstverständlich ist. „Wir wissen, worum es jetzt geht.“ Auch das werde bei seinem großen Konzert am Jahrestag zum Ausdruck kommen.

Die Feinde Russlands

Putin spricht in Beslan über Kursk

Von Reinhard Veser

Viereinhalb Minuten dauert das Video, das der Kreml von der Begegnung Wladimir Putins mit den Müttern von Beslan veröffentlicht hat. In dieser Zeit spricht nur er. Was die Frauen zu sagen hatten, hätte nicht in das Bild gepasst, das der Kreml verbreiten wollte. Dem in Russland verfolgten Medium „Agentstwo“ sagte eine der drei Frauen, sie hätten Putin an ein nicht eingelöstes Versprechen erinnert, das er ihnen vor 19 Jahren gegeben hat: dass er persönlich dafür sorgen werde, dass die ganze Wahrheit über den Terroranschlag von Beslan ans Licht komme. In der kleinen Stadt im Nordkaukasus hat am 1. September 2004 ein Kommando islamistischer Terroristen in einer Schule mehr als 1100 Menschen als Geiseln genommen, die sich zur feierlichen Eröffnung des Schuljahres versammelt hatten. Mehr als 330 Menschen, darunter 186 Kinder, kamen um, als die Sicherheitskräfte die Geiselnahme am 3. September gewaltsam beendeten.

Putin sprach bei dem Treffen in Beslan am Dienstag, knapp zwei Wochen vor dem 20. Jahrestag, von einer „nicht verheilten Wunde im historischen Gedächtnis ganz Russlands“. Er erinnerte nicht nur an das Leiden der Opfer und ihrer Familien, sondern „natürlich auch an die Kämpfer der Geheimdienste, die mit ihren Körpern die Kinder gedeckt haben“. Als Retter von Kindern gelten die Geheimdienstler freilich nur in der offiziellen Darstellung: Laut Recherchen russischer Menschenrechtler und einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2017 tragen die Sicherheitskräfte massive Mitschuld daran, dass die Zahlen der Toten und Verletzten so hoch war. So haben sie Gespräche über die Freilassung größerer Gruppen von Geiseln verhindert; vor allem aber spricht vieles dafür, dass bei der Erstürmung der Schule nicht die Rettung der Geiseln, sondern die Tötung der Geiselnehmer im Vordergrund stand. Ein Brand des Daches der Turnhalle, in der sich Hunderte Menschen befanden, wurde mutmaßlich durch Beschuss von außen verursacht, die Schule wurde mit Granatwerfern und Panzern beschossen. Die Organisationen der Hinterbliebenen des Anschlags waren in den vergangenen Jahren Repressionen ausgesetzt, weil sie eine Aufklärung dieser Vorgänge verlangen.

Putin sprach bei dem Treffen mit den Müttern von Beslan mehr über Russlands Feinde als über die Opfer des Anschlags. So stellte er eine Verbindung zwischen dem Anschlag von Beslan und der Gegenwart her: 2004 hätten die Terroristen aus dem Ausland „jede mögliche Hilfe“ bekommen, sagte er. Diese Feinde versuchten auch heute, „unser Land ins Wanken zu bringen“, sagte Putin: „Und so, wie wir mit den Terroristen gekämpft haben, müssen wir heute mit denen kämpfen, die im Kursker Gebiet Verbrechen begehen.“

Aus Beslan reiste Putin weiter nach Tschetschenien. Dort führte der russische Staat in den Neunzigerjahren und zu Beginn von Putins Herrschaft zwei blutige Kriege gegen Unabhängigkeitsbestrebungen, während von Tschetschenien aus Islamisten Terroranschläge in russischen Städten organisierten. Das heutige Republikoberhaupt Ramsan Kadyrow bezeichnet sich indes gerne als getreuesten Soldaten Putins. Kadyrow und Putin sahen sich gemeinsam die „Wladimir-Putin-Universität für Spezialeinheiten“ an. Dort wurden nach Angaben des Kremls seit 2022 mehr als 47.000 Mann ausgebildet, die gegen die Ukraine eingesetzt wurden.

Die von Kadyrow für ihre Kampfstärke gerühmten tschetschenischen Einheiten stehen aber bei russischen Kriegsbloggern und Ukrainern im Ruf, in den sozialen Medien aktiver zu sein als an der Front. Sie werden oft als „Tiktok-Kämpfer“ verspottet. So geriet die tschetschenische Sondereinheit „Achmat“ unter Rechtfertigungsdruck, weil sie den Ukrainern im Kursker Gebiet, wo sie für die Grenzsicherung zuständig war, keinen Widerstand geleistet haben soll. Der Kommandeur der Truppe, General Apti Alaudinow, äußert sich nun regelmäßig zur Lage an der Front. Er hat am Dienstag gesagt, Russland werde zwei bis drei Monate benötigen, um die ukrainischen Truppen aus dem Kursker Gebiet zu vertreiben. Laut einem Bericht des russischen Exilmediums „Medusa“ entspricht das der Linie, die der Kreml seinen Propagandisten vorgegeben hat: Die Rückgewinnung des Gebiets benötige einige Zeit, die Russen müssten sich gedulden. Das Vordringen der Ukrainer solle, so Medusa, als „neue Realität“ dargestellt werden.